

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E2_18/2

1 E2_18/2 “Guter Wandel”? - Das polnische 2 Hochschulgesetz auf dem Holzweg

3 Aushöhlung der Verfassung, Schwächung der unabhängigen Justiz, Umstrukturierung des
4 Schulbildungssystems und nun also auch die Reform des Hochschulwesens. Seitdem die
5 rechtskonservative PiS-Partei bei den Parlamentswahlen 2015 in Polen mit absoluter Mehrheit
6 gewählt wurde, arbeitet sie stetig daran, den polnischen Rechtsstaat zu demolieren und den
7 demokratischen Fortschritt seit 1989 rückgängig zu machen. Unter dem Stichwort *Dobra zmiana*
8 (“Guter Wandel”) hat die Regierung schon das Schulwesen nicht nur durch die Abschaffung des
9 *Gimnazjum* (7.-10. Klasse) organisatorisch durcheinandergewirbelt, sondern mit den
10 angekündigten Lehrplanänderungen auch eine “geschichtspolitische Wende” eingeleitet, durch
11 welche die polnische Landeshistorie glorifiziert und als ewiger Kampf gegen Unterdrückung
12 dargestellt werden soll.

13 Nun ist also auch das Hochschulwesen dran. Am 01.10.2018 hat der *Sejm*, eine der beiden
14 Kammern der polnischen Nationalversammlung, das vom Minister für Wissenschaft und
15 Hochschulbildung, Jarosław Gowin, vorgelegte Gesetz über die Reform des Hochschulwesens
16 angenommen. Dieser Entscheidung waren Streiks von Studierenden, Proteste linker Parteien und
17 Kritik aus der Wissenschaft vorausgegangen, die der Reform Neoliberalismus und Beschränkung
18 der Hochschulautonomie vorwarfen.

19 20 **Umstrukturierung nach deutschem Modell?**

21
22 Die neue Hochschulreform ist nicht nur Teil der großen PiS-Kampagne zur Umwälzung sämtlicher
23 Lebensbereiche, sondern soll auch dem seit vielen Jahren anhaltenden “Brain Drains”, also der
24 Auswanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte, und die seit 2006 rückläufigen Studierendenzahlen
25 aufhalten. So steht es auch in dem Exposé des Ministeriums für die sogenannte *Ustawa 2.0*
26 (“Gesetz/Reform 2.0”). Zusätzlich soll laut dem Wissenschaftsministerium das Niveau des
27 Studiums und der Lehre angehoben werden, um Polen als Hochschulstandort international zu
28 etablieren, die Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter*innen sollen verbessert werden und die Arbeit
29 der polnischen Wissenschaft und der Hochschulen soll in die Wirtschaftsstrategie der Regierung
30 eingebunden werden und nachhaltig zum polnischen Wirtschaftswachstum beitragen. Um diese
31 Ziele zu erreichen, hat der Wissenschaftsminister ein viele Hochschulbereiche betreffendes Gesetz
32 vorgelegt. Diese Vorhaben offenbaren einen klaren, neoliberalen Kurs, der Bildung als Ware und
33 nicht als individuelles Recht sieht. Das Studium muss mehr sein als die bloße Produktion von
34 Arbeitskräften. Die in diesem Zusammenhang versprochene Steigerung der Qualität von Studium
35 und Lehre erscheinen in diesem Licht eher als Drohung an die Studierenden, dass die Belastung für
36 sie weiter steigen wird. Die Ankündigung, die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu verbessern,
37 erscheint hierbei als einziger positiver Aspekt der geplanten Reform, auch wenn an einer
38 progressiven Umsetzung zu zweifeln ist.

39
40 Hochschulpolitische Gremien wie der Senat werden im geplanten Hochschulgesetz als fester Teil
41 der akademischen Selbstverwaltung etabliert. Diese sollen zu mindestens 50% aus

42 Professor*innen und 20% Studierenden und Mittelbau-Mitarbeiter*innen bestehen, die weitere
43 Besetzung steht den Hochschulen frei. Dieser von den drei universitären Gruppen gewählte Senat
44 entscheidet über die Zusammensetzung des neu eingerichteten Hochschulrates [HSR]. Dieses
45 zukünftig einflussreichste Gremium der Hochschule, das u.A. die Kandidat*innen für den
46 Rektor*innenposten vorschlägt, soll aus 6-8 Senatsmitgliedern, einem*einer Vertreter*in der
47 studentischen Selbstverwaltung und über 50% Hochschulexternen bestehen. Dieser HSR soll die
48 Hochschulen auf die Zusammenarbeit mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld
49 vorbereiten und richtet sich nach deutschem Vorbild.

50

51 **Wem gehört die Uni?**

52 Auch an deutschen Hochschulen ist die ungleiche Repräsentation von Statusgruppen in den
53 Gremien der Selbstverwaltung Realität und paritätische Gremienbesetzungen scheint bis auf
54 Modellversuche in weiter Ferne. Argumentiert wird hierbei häufig mit der Wissenschaftsfreiheit, die
55 angeblich durch mehr Mitbestimmung von Studierenden und anderen nicht-professoralen
56 Mitarbeiter*innen gefährdet sei. Das Gegenteil ist jedoch Realität an deutschen Hochschulen: die
57 professorale Mehrheit kann im Zweifel die eigenen Interessen in fast allen Gremien durchdrücken.
58 Das in Polen neu eingeführte und in Deutschland auch relativ neue Modell des Hochschulrates ist
59 ebenfalls kein Musterbeispiel der demokratischen Mitbestimmung all derer, die sich im Kontext
60 Hochschule bewegen. Die aus der Privatwirtschaft stammende und auch aus dieser Richtung
61 eingebrachte Idee setzt auf eine Mehrheit von Hochschulexternen und weist diesen insbesondere
62 strategische Kompetenzen zu. Ziel soll die Ausrichtung der Hochschule auf die Zusammenarbeit
63 mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld sein.

64 So wird das Konzept der hochschulinternen Selbstverwaltung gebrochen, das traditionell zwischen
65 akademischem Senat und Präsidium gestaltet wurde. Die Kritik liegt nahe: während in Gremien wie
66 dem Senat Studierenden und anderen Mitgliedern der Hochschule eine festgelegte Rolle zukommt,
67 ist diese für die Hochschulräte in den meisten Bundesländern nicht definiert. Es wird somit möglich
68 gemacht, dass Kompetenzen aus demokratisch legitimierten Gremien abgegeben werden müssen.
69 Weder in Deutschland noch in Polen trägt diese Umsetzung, die auf Dauer eine Neoliberalisierung
70 von Hochschule zur Folge hat, der hochschulinternen Selbstverwaltung Rechnung!

71

72 Auch bei der Hochschulfinanzierung sorgt die Reform für weitreichende Veränderungen. Geldmittel
73 sollen in Zukunft nicht mehr zweckgebunden vergeben werden und sind auch nicht abhängig von
74 den Studierendenzahlen, sondern von der Qualität der Lehre und Forschung, die mit Hilfe eines
75 Punktesystems gemessen wird. Dafür relevante Faktoren sind Publikationen (insb. in
76 fremdsprachigen Fachzeitschriften), die Höhe der Drittmittelakquirierung (umso höher, desto
77 besser) und der Einfluss der Lehre auf die "Funktionsfähigkeit der Gesellschaft und der Wirtschaft",
78 der von einer Expert*innenkommission gemessen werden soll. Die Oberaufsicht über die
79 Hochschulfinanzierung hat der Bildungsminister, der auch Sanktionen gegen Hochschulen
80 verfügen kann, die gewisse Richtlinien missachten. Betrachtet man die angelegten Indikatoren für
81 gute Lehre und Forschung, so zeigt sich erneut die neoliberale Stoßrichtung der Reform. Die
82 geplanten Indikatoren können weder ein Gradmesser für gute Lehre noch für gute Forschung sein,
83 sondern sorgen für Fehlsteuerungen an den Hochschulen, wo Lehrende ihre Zeit vor allem mit einer
84 möglichst hohen Publikationsrate und der Mittelanwerbung beschäftigen müssen, statt Zeit für
85 gute Lehre und tiefgehend und tiefgehende, innovative Forschung zu haben. Stattdessen führt der
86 Publikationsdruck und die fortlaufende Mittelakquise zu Anpassung an vorherrschende
87 Forschungsthemen und Ansätze. Dies führt zu einer immer gleichförmigen Wissenschaft, die sich
88 von kritischen und tiefgehenden Ansätze verabschiedet.

89 Eine weitere Finanzierungsquelle sind die ebenfalls an das deutsche Modell angelehnten
90 Exzellenzinitiativen. Eine geringe Summe entfällt dabei auf kleinere Hochschulen in der Provinz,
91 weitaus mehr Finanzmittel werden zum Beispiel für die Exzellenzinitiativen Forschung und Lehre
92 bereitgestellt. Bei letzterer werden Hochschulen prämiert, deren Studierende laut Untersuchungen
93 später die besten Karrierewege auf dem polnischen Arbeitsmarkt einschlagen.

94

95 **Baut Häuser statt Leuchttürme!**

96

97 Es scheint in der Folge der bereits aufgeführten Reformen beinahe naheliegend, dass auch in Polen
98 Exzellenzinitiativen eingeführt werden. Doch wie in Deutschland bedeuten diese auch in Polen
99 Leuchtturmförderungen, die nicht der Breite der Hochschulen zugutekommen. Nach dem
100 sogenannten Matthäus-Prinzip führen Exzellenzinitiativen auf Dauer zu einem immer stärkeren
101 Ungleichgewicht zwischen Hochschulen, in der Finanzierung wie auch beim Prestige: wer hat, dem
102 wird gegeben. Gleichzeitig wird statt des wissenschaftlichen Diskurses die harte finanzielle
103 Konkurrenz untereinander befeuert.

104 Dazu passen die eingeführten Punktesysteme genauso wie die Möglichkeit der Sanktionierung
105 durch das Bildungsministerium, die eher Ausdruck politischer Einmischung als tatsächlich Lehre
106 und Forschung nützende Instrumente sind.

107 Für uns als Juso-Hochschulgruppen schließt sich also auch hier die Forderung nach einer soliden
108 bedarfsdeckenden Grundfinanzierung für alle Hochschulen statt Verstärkung der Unterschiede
109 durch Bevorzugung einiger weniger Standorte an.

110

111 Den im Rahmen der Reform vielzitierten Begriff der sogenannten zukünftigen "Elite" gilt es scharf
112 zu kritisieren. „Elite“ steht in dieser Auslegung dem Ideal der Befähigung zum kritischen Denken
113 und Hinterfragen durch ein Studium entgegen, da sie als Kriterien für ein gutes und erfolgreiches
114 Studium Leistung und wirtschaftliche Erfolge anlegt, und diese auch stets in der Abgrenzung von
115 denen, die derartiges nicht in gleicher Weise erbringen, profiliert. Fraglich ist auch, was eine
116 Ausrichtung von Lehre und Forschung auf dieses alleinige Ziel für Konsequenzen nach sich zieht.

117

118 Einen sozialpolitischen Einschlag erhält das Gesetz mit den vorgesehenen Gehaltserhöhungen für
119 Professor*innen, die ein Minimalgehalt von umgerechnet 1232 Euro vorschreiben. Außerdem soll
120 der akademische Karriereweg erleichtert werden, indem akademische Zwischengrade zwischen
121 Promotion und Habilitation eingerichtet werden. Weiterhin wird die Kostenfreiheit des Studiums
122 garantiert und die Stipendien für Studierende in besonderen sozialen Notlagen, für behinderte
123 Personen und für besonders Leistungsstarke ausgeweitet.

124 Insgesamt ist aber das Ziel der Hochschulreform die "Ausbildung der zukünftigen Eliten" für Polens
125 Wirtschaft, und auf dieses Ziel sollen sowohl Forschung als auch Lehre ausgerichtet sein. Wir
126 lehnen diesen national-sozialen Ansatz in der Förderung für Studierende ab. Hochschulen sind
127 keine nationalen Eliteorganisationen, sondern sollten gerade im europäischen Hochschulraum
128 internationalistisch ausgerichtet sein. Wir wollen europäische Hochschulen, die allen Menschen
129 offenstehen.

130

131 **Kritik einer deutschen Misserfolgsgeschichte**

132

133 Während in Polen seit 2006 die Studierendenzahlen sinken, steigen sie in Deutschland laut
134 Statistischem Bundesamt seit 2007 kontinuierlich an. Trotz dieser Differenz: viele der
135 Entwicklungen im polnischen Hochschulsystem klingen erschreckend vertraut. Und so positiv die
136 Ziele der Reform im ersten Augenblick klingen mögen, in der Umsetzung offenbart sich in allen

137 Bereichen ein verstärktes Eingreifen der Politik in die Hochschulunabhängigkeit sowie die Tendenz
138 das polnische Hochschulsystem allein auf seine Wirtschaftlichkeit hin auszurichten.

139

140 Auch wenn es in der Beschäftigungspolitik kleine Verbesserungen durch leichte
141 Gehaltserhöhungen sowie eine Ausdifferenzierung in den Möglichkeiten einer akademischen
142 Laufbahn gibt, überwiegen auch hier die problematischen Anteile. Die Herabsetzung des
143 Rentenalters bspw. betrifft insbesondere Frauen*, die tendenziell weniger Beitragsjahre sowie
144 kürzere Beschäftigungen in höheren Positionen vorweisen können. Ähnlich wie Richterinnen* durch
145 die Justizreform betroffen sind, dürften vor allem Professorinnen* und andere
146 Wissenschaftlerinnen* unter den Veränderungen leiden. Gleichzeitig bleibt auch hier die Frage,
147 inwiefern diese Beschäftigungspolitik dazu dienen kann, Personen, die der Regierung kritisch
148 gegenüberstehen und dies auch zur Sprache bringen, frühzeitiger in den Ruhestand zu entlassen.

149 **Not my Hochschulgesetz!**

150 Die PiS verfolgt ihren sozial-nationalistischen Kurs seit Regierungsbeginn konsequent. So passt
151 sich die Hochschulreform gut in die bisherige Politik ein, Veränderungen lediglich im Rahmen
152 dieses Narrativs anzustoßen. Großer Protest bleibt aus: weil Studierendenschaften nicht
153 ausreichend organisiert sind und im Ausland die Hochschul- neben der Justizreform untergeht. Wer
154 sich wie unsere Partner*innenorganisation *Razem* oder einige streikende Studierende gegen das
155 Gesetz stellt, wird in der Breite überhört und von der Regierung geflissentlich ignoriert.

156 Wir solidarisieren uns mit den progressiven Protestierenden in Polen gegen das geplante
157 Hochschulgesetz. Die geplante Einführung von Hochschulräten, die Ausrichtung auf wirtschaftliche
158 Verwertbarkeit und das Ziel der nationalen Elitenproduktion widersprechen unseren
159 grundsätzlichen Vorstellungen von Hochschulen. Stattdessen braucht es überall ausfinanzierte,
160 internationale Hochschulen, die ein kritisches Studium ermöglichen und nicht nur die
161 Arbeitsmarktfähigkeit von Studierenden im Blick hat. Dafür sind insbesondere feministische
162 Perspektiven in Forschung, Lehre und den Beschäftigungsverhältnissen einzunehmen und zu
163 stärken. Hierfür wollen wir mit unseren europäischen Genoss*innen den Austausch verstärken, um
164 gemeinsam gegen nationalistische und neoliberale Bildungs- und Wissenschaftspolitik
165 vorzugehen.